

Ständes Anzeiger des
Landratsamtes Borken,
von Bürgermeister
und Räten des Kreises
Borken.

Sozialistische Kreise:
Bocholt, Kreisrat Nr. 14.
Hornsch - Gammel - Nr.
8054 - Rade: Jol.
Heinrichs. - Anhalt:
W. Wolling. - Werth:
Th. Parra. - Jfel:
burg: Johann Wolling.
Klingenberg: Schme-
derhans. - Dingden:
K. Wülken.

Organ
der Zentrumspartei.

Verantwortlich:
Borken.

Bocholter-Borkener Volksblatt

Rheider Volkszeitung.

Familiches Kreisblatt.

Anholter u. Jsslbürger Zeitung.

Verantwortlich:
Bocholt.

Abrechnung des Monats
Abrechnung von der Gesellschaft
2.-, ins Haus gebracht ein-
mal. 21 W. Monats 2.25, durch die
W. ein- 48 W. Monats 2.25.
In diesen höheren Gehalts, wie
Stück, Sperr, Betriebsführung
u. m. hat der Verleger seinen An-
spruch auf Befreiung ab. 17. 1932.

Abrechnung des Monats
Der das einjährige Abonnement
12 W. Monats 7.75, kleine
Familienabonnenten 7.75, kleine
(Sonderabgabe) Monats 6.75, kleine
Abonnenten 10 W. Monats 6.75, kleine
Abonnenten (Jahres) Teil geben
besonderen Tarife.
Bei Abrechnung, Vergleichen,
Kontieren 18. 1932 der dem Verleger
Abrechnung - Geschäftsbuch ist
für beide Teile Bocholt.

Nummer 31

Montag, den 1. Februar 1932

Jahrgang 1932

Parole: Hindenburg.

Dr. Bahm an der Arbeit.

— Berlin, 30. Januar.

Der Oberbürgermeister von Berlin, Dr. Sahm, hat in Fortführung seiner Aktion für die Wiederwahl des Reichspräsidenten von Hindenburg an die gesamte deutsche Presse ein Schreiben gerichtet, in dem er seine Pläne darlegt, von der am Montag, dem 1. Februar, erfolgenden Gründung des Ausschusses Kenntnis gibt und die Unterstützung der Presse für die Unterschriftenwerbung erbittet, die nach den gesetzlichen Bestimmungen für die Vorlage eines solchen Wahlvorschlages erforderlich sind, da 20.000 Wähler dargetan werden müssen, wenn der Vortrag nicht von einer Partei usw. ausgeht. Das Schreiben gibt in einer Erklärung, in der es heißt, daß dieses Unternehmen keinerlei Einzelinteressen verfolge, sondern nur den Zweck habe, in der wichtigen Frage der Reichspräsidentenwahl einmal alles Trennende zurückzustellen und die große Volksfront für Hindenburg zu ermöglichen.

„Deutschlands Zukunft“, so schließt das Schreiben Dr. Sahms, „darf nicht den mehr oder minder hemmenden Bindungen einzelner Persönlichkeiten geopfert werden. Gerade jetzt müssen wir Deutschen beweisen, daß wir einig sein können, wenn die Stunde es fordert, und daß wir eine Sache um der Sache Willen zu betreiben vermögen. Ich richte deshalb wie an Sie an jede einzelne deutsche Zeitung die Bitte, hier einmal alle Gegensätzlichkeiten beiseite zu lassen und zu helfen, daß eine geschlossene Volksfront für den Reichspräsidenten v. Hindenburg zustande kommt.“

Unterstützung durch den bayerischen Hindenburgausschuß.

— Berlin, 31. Januar.

Der bayerische Hindenburg-Ausschuß teilte heute Oberbürgermeister Sahm mit, daß er den Aufruf des in Berlin zu bildenden Hindenburg-Ausschlusses mit allen Kräften unterstützen werde.

Belehrungen über nationales Pflichtgefühl.

Das Hervortreten des Berliner Oberbürgermeister Dr. Sahm an die Öffentlichkeit als Führer des überparteilichen Ausschusses für die Hindenburgwahl und seine fortgesetzten Vorbereitungen haben die Rechtsopposition in ständiger Verlegenheit gebracht. Es gewinnt immer mehr den Anschein, als wenn die verschiedenen Gruppen selbst noch nicht genau wüßten, wie sie sich zur Wiederwahl Hindenburgs einstellen sollen. Man scheint es mehr und mehr zu bereuen, sich hinter den politischen Bedingungen (Sturz des Kabinetts Brüning), mit denen man die Zustimmung zur Wahlwahl Hindenburgs verknüpfen wollte, verbarrikadiert zu haben. Wie tief beschämend muß es auf diese politischen Gesinnungsgrößen und ihre nächste Gefolgschaft wirken, wenn unpolitische deutsche Männer mit geradem Sinn und klarem Kopf ihnen Belehrungen über nationales Pflichtgefühl und über großstädtische Staatspolitik geben müssen. Der bekannte Führer der deutschen Juppelbewegung, Dr. Gerner, der schon Mitte Januar im Rundfunk offen für die Wiederwahl Hindenburgs eingetreten war, steht sich in einem Berliner Blatt noch einmal mit aller Energie für die Zusammenfassung aller Kräfte zugunsten der Kandidatur Hindenburgs ein und gibt dabei der Garzburger Front in kurzer, aber ein- undruckschwerer Weise ein staatspolitisches Kolleg. Unter anderem führt er aus:

„In der entscheidenden Schlachtfeldstunde unseres deutschen Vaterlandes kann auch der unpolitische Mensch nicht länger schweigen. Es gilt, mutig zu bekennen, was die Stunde von jedem von uns fordert! Es ist mir unbegreiflich, wie es deutsche Männer und deutsche Frauen geben kann, die noch einen Augenblick lang zweifeln können, wenn sie ihre Stimme bei der Neuwahl des Staatsoberhauptes geben sollen. Wer so viel und so weit in der ganzen Welt herumgekommen ist wie ich, der weiß nur zu gut, welche magische Kraft und welche Welle internationalen Vertrauens von dem Namen Hindenburg ausgeht. Wo immer ich im Ausland mit bedeutenden Persönlichkeiten der Politik, der Wirtschaft, des Geisteslebens und der Technik in Berührung getreten bin, da wurde mir klar, daß wir in der verehrungswürdigen Gestalt des Reichspräsidenten unseren härtesten moralischen Stützpunkt besitzen. Auf den wir nicht ohne schweren Schaden verzichten können. Hindenburg erhebt der Welt draußen als der Fels und feste Fels der deutschen Staatsgeschichte, und in diesem Zusammenhang erscheint es mir auch nicht unwichtig, darauf hinzuweisen, daß Hindenburgs enger Mitarbeiter, der Reichstagskanzler Brüning, draußen wegen der Lauterkeit seines Willens und der aufopferungsvollen Bemühungen um Deutschlands Rettung die gleiche Hochachtung genießt.“

Nach demselben sagt der bekannte zweite Bundesführer des Stahlhelms, Oberleutnant a. D. Dürkerberg, Hitler und seiner Umgebung seine Meinung. In einer

öffentlichen Erklärung setzt er sich mit dem „Börsen Beobachter“ auseinander, der es ihm übel angeschrieben hat, daß Dürkerberg sich zukünftig zu dem „Mein“ des Reichstagskanzlers hinsichtlich weiterer Tributzahlungen geäußert hätte. Nach Anschauung der führenden Nationalsozialisten ist jede objektive politische Einstellung, jede vernünftige Anerkennung des herrschenden Systems eben nicht erlaubt, nur herunter- und vernichtende Kritik ist nach ihrer Meinung am Platze. Da wirkt die aufklärende Aktion Dürkerbergs über wahren Patriotismus direkt erfrischend. Er erwidert dem Reichsorgan Hitlers u. a.:

„Das ist eben der Unterschied zwischen Staats- und Parteipolitik. Wir im Stahlhelm, die im Geist der alten Front, die manchem Kritiker unseres Tuns unbekannt ist, nicht einer Partei, sondern nur Deutschland dienen, erlauben uns als alte deutsche Soldaten zu diesen lebenswichtigen Entscheidungen in aller Bescheidenheit auch unsere Ansicht zu äußern. Ich habe sechs Monate an den Waffenhilfskommissionen in Spa teilgenommen und kann also über diese Dinge etwas aus eigener Anschauung sagen. Ich weiß, wie die Haltung und der Erfolg einer deutschen Abordnung, die mit übermächtigen Gegnern zu verhandeln hat, wesentlich abhängig ist von dem sichtbaren nationalen Lebenswillen des dahinter stehenden Volkes. Ich habe erlebt, wie die damalige Revolutionsregierung und die öffentliche Meinung der Heimat uns in den Rücken fielen. Sollen die nationalen Kreise die gleiche kurzfristige selbstmörderische Haltung aus Personen- oder Parteibedenken einnehmen? Jede neue Regierung übernimmt die Erbschaft der Vorgängerin. Soll die vorliegende an und für sich schon furchtbare Erbschaft noch mehr durch eigene Schuld belastet werden? Wie uns im November 1918 die Stimmung der Nation nicht einen Augenblick abließ, in allem Breuengeist unsere vaterländische Pflicht zu erfüllen, so auch heute. Belehrungen über nationales Pflichtgefühl, das wir als Frontsoldaten seit 1914 oft genug durch die Tat und in schwersten Opfern von Gut und Blut erwiesen haben, lehnen wir mit aller Entschiedenheit ab.“

Es ist erfreulich, daß hier ein Mann der Sicherheit von nationalem Pflichtgefühl und Vaterlandsliebe durchdrungen ist, den „nationalen“ Führern der Garzburger Front offen und klar seine Meinung sagt. Etwas noch hinzuzufügen, ließe die Wirkung abschwächen.

Eine Tagung des Preußenzentrums.

Absolute politische Unabhängigkeit nach allen Seiten.

Von unserer Berliner Redaktion.

(Berlin, 31. Januar (Draht).)

Der große Vorstand der preußischen Zentrumspartei trat am Sonntag vormittag im Landtag zu einer aus den einzelnen Landesteilen sehr stark besuchten Sitzung zusammen. Der stellvertretende Vorsitzende der preußischen Zentrumspartei, Justizrat Mannig, gab in seinen Begründungsworten dem allgemeinen besonderen Bedauern Ausdruck, daß der Parteiführer, Abgeordneter Dr. Heß, durch eine neue Erkrankung verhindert sei, als der erprobte und verdienstvolle Führer des preußischen Zentrums und der preußischen Zentrumsfraktion inmitten der führenden Parteifreunde zu weilen. Dr. Heß habe in einem Schreiben dem Parteivorstand die herzlichsten Grüße und Wünsche zu seinen Beratungen übermittelt. In diesem Schreiben heißt es u. a.:

„Ich vertraue auf den guten alten Zentrumsgeist, der der preußischen Zentrumsfraktion in einer 80jährigen Geschichte in Fleiß und Blut übergegangen ist. Das Ziel unserer Preußenpolitik wie aller Zentrumspolitik muß absolute politische Unabhängigkeit nach allen Seiten sein und bleiben. Mit dieser tatsächlichen Zielsetzung wollen wir in den preußischen Wahlkampfe stehen, geleitet von unserer alten Parole: Für Volk und Vaterland, für Kirche und christliche Sitte.“

Die Versammlung machte sich diese zielweisende Parole ihres Führers durch lebhafteste einstimmige Zustimmung zu eigen. Dr. Mannig teilte weiter mit, daß der Vorstand dem Abgeordneten Dr. Heß mit einem Blumen- und eine herzlichen Grüße und Wünsche zur baldigen Genesung vor Beginn der Tagung übermittelt habe, um damit der Liebe und dankbaren Verehrung besonderen Ausdruck zu geben. Gerade heute brauchen wir eine starke Führerschaft.

Dr. Mannig begrüßte sodann den Reichstagspräsidenten Abg. Esser und den Vorsitzenden der Reichstagsfraktion des Zentrums, den Abgeordneten Dr. Perltius, die mit einer Reihe anderer Reichstagsmitglieder der erschienen waren. Ein besonderer Gruß galt auch dem amtierenden Ehrenvorsitzenden der Partei, dem Reichstagskanzler a. D. Dr. Marx und dem Abgeordneten Franz Wöber sowie den zahlreichen erschienenen Mitgliedern der preußischen Zentrumsfraktion. Ein herzlichstes Begrüßungswort galt schließlich den amtierenden preußischen Staatsministern des Zentrums Dr. Hirtfelder, Dr. Schmidt und Dr. Steiger. Im Anschluß hieran umtrieb Dr. Mannig kurz

Nicht Hitler, sondern Goebbels.

Berlin, 30. Januar.

In der gestrigen nationalsozialistischen Versammlung im Sportpalast wurde nach einer Rundgebung für Hitler mit den Rufen „Hitler Reichspräsident!“ ein Schreiben zur Reichspräsidentenwahl verlesen, das nicht, wie auf Grund einer falschen Auskunft von nationalsozialistischer Seite gemeldet war, von Hitler, sondern von Goebbels stammt. Bei der Verlesung des Schreibens war ausdrücklich nicht gesagt worden, von wem die Erklärung stamme, da für Goebbels, der selbst der Rundgebung beiwohnte, Rede- und Verbot besteht.

Goebbels hat also die Münchener Führerkonferenz, die auf den 3. Februar beschlossen ist, nicht abwarten können. Er hat von sich aus für die Reichspräsidentenwahl schon eine Parole ausgegeben, von der man im Augenblick nicht entscheiden kann, ob sie Hitlers Plänen entspricht oder ob sie für ihn eine Überbrettlung darstellt. Jedenfalls beweist dieser „spontane“ Begehrungsausbruch für Adolf Hitler, daß zum mindesten die aktivsten Elemente in der Partei auf Auffassung

Bisher keine Kriegserklärung an Japan.

Die Ursache falscher Gerüchte.

London, 31. Januar.

Um die Mittagsstunde des Sonntag ging eine Reuterspeise um den Erdball, wonach China Japan den Krieg erklärt habe, und kaum jemand zweifelte nach Lage der Dinge daran, daß die Meldung den Tatsachen entspreche. Nun belagen aber sämtliche aus Ostasien vorliegenden Meldungen, daß China weder den Krieg erklärt, noch beschloßen hat, den Krieg zu erklären. Auch die aus japanischer Quelle verbreitete Nachricht, daß der Volkskongress der Kuomintang den Be-

schluß gefaßt habe, den Krieg zu erklären, wird in unterrichteten Kreisen bezweifelt. Angekündet ist auch diese Nachricht von japanischer Seite nicht weitergegeben worden. Die Kuomintang dürfte lediglich beschlossen haben, sich mit allen militärischen Mitteln gegen die japanische Invasion zu wehren; d. h. also „den Krieg zu führen, ohne ihn zu erklären“. Das würde durchaus der Sachlage entsprechen. Schließlich hat China das Recht, sich gegen die japanischen Maßnahmen, die ohne Zweifel militärischer Natur sind, mit militärischen Gegenmaßnahmen zur Wehr zu setzen. Wie es möglich war, daß Reuters die Meldung über die chinesische Kriegserklärung ausgeben konnte, ist unklar. China würde mit einer derartigen Kriegserklärung sich selbst formal ins Unrecht setzen, weil es dann auf Grund der einschlägigen Bestimmungen des Völkerbundespaktes als „Angreifer“ hätte angesehen werden müssen. Ein derartiger Akt wäre aber angesichts der günstigen diplomatischen Situation, in der sich China befindet, schwer zu verstehen. Es wird daher wohl kaum eine chinesische Kriegserklärung kommen. Wie die Chinesen schon bisher sich militärisch zur Wehr gesetzt haben, ohne formal den Krieg zu erklären, so könnten sie auch weiterhin ihre Verteidigungsmaßnahmen fortführen, ohne zu diesem letzten Schritt den Mittel zu greifen. Der Reuter mit der Ausgabe der Falschmeldung die Absicht verfolgt hat, den Fiktionismus und zu alarmieren, um ihn zu größerer Tätigkeit anzukurbeln, muß dahingestellt bleiben. Immerhin wäre es denkbar, daß man in England ein Interesse daran hat, daß der Völkerbund sich nicht so kurz vor der Abrüstungskonferenz blamiert. In diesem Falle wäre allerdings die Ausgabe einer derartigen Falschmeldung nicht gerade sehr zweckmäßig gewesen. Das Reuters-Büro wird also nicht umhin können, aufzuklären, wie es zu seiner Falschmeldung gekommen ist.

Aus Moskau wird gemeldet, daß das falsche Gerücht durch einen Befehl des Kommandeurs der 18. Kantonen Division entstanden sei, die in Chapei einquartiert war und sich weigerte, dem Befehl der Kantonsregierung, ihre Stellungen zu räumen, nachzukommen. Der Kommandeur wiederholte darauf den Befehl mit der Begründung, daß China Japan den Krieg erklärt habe, und daß alle chinesischen Soldaten dem Vaterland gegenüber ihre Pflicht zu tun müßten. Darauf schienen die Gerüchte über die Kriegserklärung zurückzuführen zu sein. Die chinesische Regierung hat die angeblichen Befehle der Kuomintang bisher nicht verwirklicht. Ob sie eine Kriegserklärung abgeben wird, wird auch in Moskau sehr bezweifelt.

Tschiantaisch hat an die Konfuz der fremden Mächte in Shanghai ein Telegramm gerichtet, in dem er sagt: „Je mehr wir ertragen, desto angriffsstärker werden die Japaner. China ist in Gefahr. Wer vaterländisch empfindet, kann die Bedrückung durch die Japaner nicht länger ertragen. Der Augenblick ist gekommen, da die Regierung und ihre Armeen sich erheben müssen, um die Ehre der Nation und das Da-sein des chinesischen Volkes zu verteidigen. Wir wollen uns lieber schlagen und Opfer bringen, als uns vor den Japanern zu beugen, die das Recht verleiht und den Völkern Frieden gebrochen haben.“ Willkürlich geht auf dieses Telegramm die Meldung Reuters zurück. Die chinesische Regierung betrachtet den Aufruf, die Waffen zu ergreifen, als eine bloße Geste. Reuter behauptet ferner, daß die tatsächliche Kriegserklärung frühestens am Sonntag erfolgen werde. Sie liegt aber auch in diesem Augenblick nicht vor.

die schwierige außenpolitische und innenpolitische Lage, welche in ihrer Entwicklung zur Zeit von niemandem übersehen werden könne.

Bei allem Ernst der Verhältnisse sei aber ein ungeheimer Optimismus unter allen Umständen vonnöten. In Treue und festem Vertrauen stehen auch die preußische Zentrumsfraktion

geschlossen hinter der Reichsregierung und ihrem Führer, dem Reichskanzler Dr. Brüning.

Wenn eine starke Gruppe im politischen Ringen eng zusammenstehe und fest entschlossen sei, durchzuhalten, dann habe die Geschichte stets gezeigt, daß große Ent-wicklungen möglich seien.

Bei den radikalen Fraktionen sei heute schon klar erkennbar, daß sie den kommenden Wahlkampf in Preußen zu parteipolitischen Zwecken ausnützen wollen.

Darum müsse die Zentrumsarbeit darauf gerichtet sein, eine praktische und sachliche Zusammenarbeit auch im neuen Landtag durch eine günstige und für das Zentrum erfolgreiche Wahl zu sichern.

Staatsminister Dr. Hirtfelder gab sodann in einem ausführlichen Referat (über das wir noch berichten werden) einen ausführlichen Bericht über die letzten vier Jahre preußischer Staatspolitik und die Tätigkeit der preußischen Zentrumsfraktion. Seine beifällige ausgenommene Rede schloß der Redner mit der Feststellung: „Auch in Zukunft wird

die Zentrumsfraktion jederzeit bereit sein, mit jedem an einer Koalition mitzuarbeiten, der mit uns das Wohl des Volkes über alles stellt.“

Unsere ganze Arbeit und unser Herz gehören dem deutschen Volk und unserm Vaterland.

In einer mehrstündigen Aussprache, an der sich zahlreiche Vertreter beteiligten, wurden Fragen der Verwaltungsreform und der Kulturpolitik behandelt. Am Schluß der Aussprache konnte der stellvertretende Fraktionsvorsitzende, Abgeordneter Steiger, unter einmütiger Zustimmung feststellen, daß die sachliche von hohen Gesichtspunkten getragene Meinungsanhaltung die alte Einmütigkeit und Geschlossenheit der Partei erneut bekräftigt und befestigt habe. Der Vorsitzende dankte der Zentrumsfraktion des preußischen Landtags für ihre ebenso schwierige wie erfolgreiche Arbeit. Die Zentrumsfraktion werde auch in Zukunft nach ihren eigenen Grundgesetzen wie bisher uneigennützig dem Volk und dem Vaterland dienen.

